



**Verband Sonderpädagogik  
Landesverband Hamburg e.V.  
www.vds-hamburg.de**

## **Stellungnahme zum „Bundesteilhabegesetz (BTHG)“**

Das Bundesteilhabegesetz gilt als eines der wichtigsten bundespolitischen Reformvorhaben. Das Bundeskabinett hat Ende Juni 2016 einen Gesetzentwurf verabschiedet. Liest man den Gesetzentwurf genau, so wird deutlich, dass es nicht zu mehr Teilhabe kommen wird, sondern sich hinter dem Gesetzesentwurf ein Sparmodell für den leistungsberechtigten Personenkreis versteckt. Geht man davon aus, dass der eigentliche Auftrag hinter dem Gesetzesentwurf darin besteht, die gesetzliche Definition von Behinderung mit den allgemeinen Grundsätzen und Bestimmungen der UN-BRK in Übereinstimmung zu bringen, Menschen mit Behinderungen soziale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und ihnen neben einem selbstbestimmten Leben einen Arbeitsmarkt zu Verfügung zu stellen, dann muss man feststellen, dass dieses mit dem vorliegenden Entwurf nicht gelungen ist.

Der vds-hamburg tritt deshalb dafür ein, dass das Bundesteilhabegesetz nachgebessert wird und fordert bei einer Nachbesserung folgende Themen mehr als bisher im Interesse von Menschen mit Behinderung zu betrachten.

- Es muss mehr Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten im Arbeitsleben geben
- Einkommen und Vermögen dürfen nicht wie geplant einbezogen werden
- Leistungen müssen aus einer Hand erbracht werden und nicht hinter bisher schon geltenden SGB IX Gesetzesstandards zurückfallen. Der Hinweis, dass Leistungen der neu ausgerichteten Eingliederungshilfe passgenauer bei den Betroffenen ankommen soll und gleichzeitig sparsam und wirtschaftlich berechnet werden sollen, kann nicht heißen, dass Hilfe an entscheidender Stelle eingespart oder gar geteilt wird.
- Die Etablierung eines modernen Behindertenbegriffs, der nicht von einer Beeinträchtigung sondern einer Einschränkung der Teilhabe ausgeht, setzt ein inklusives Verständnis voraus, welches Teilhabe durch gesellschaftlich bedingte Veränderungen in Wechselwirkung in den Blick nimmt und somit auch die gesellschaftliche Veränderung aller Menschen. Aktuell löst dieser Gesetzesentwurf dieses inklusive Verständnis nicht ein!

Heidi Bistritzky, Vorsitzende vds-Hamburg